

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, haltet kurz inne: Was passiert hier eigentlich gerade?!

Das Erschrecken der Menschen über die Invasion des russischen Militärs in die Ukraine, die Sorge, dieser Krieg könnte sich zum Weltenbrand entwickeln, treibt Hunderttausende auf die Straße. Die Ratlosigkeit und Angst werden dabei gegen Russland gerichtet. Ganz so, wie es seit Wochen durch alle Informationskanäle schallt: Russland ist der Aggressor. Ein Herr Söder, ein Herr Merz, einig mit Linken, mit Demokraten, mit Antifaschisten, mit dem DGB auf der Straße gegen Russland. Der Kapitalist und der Arbeiter Arm in Arm gegen den Krieg?

Und was passiert währenddessen hier?

In Windeseile wird das durchgepeitscht, was ohne diese übergreifende Einigkeit aller nicht so einfach durchzusetzen war.

Waffen in das Kriegsgebiet?

Waffen dürfen nicht in Staaten geliefert werden, in denen Konflikte militärisch ausgetragen werden – vorbei. Vorbei die „Zurückhaltung aufgrund unserer besonderen Geschichte“, wie die Außenministerin noch vor Kurzem erklärte. Unsere Geschichte hat sich nicht geändert in den letzten 7 Tagen – egal. Die Bundesregierung liefert Waffen in die Ukraine und ist damit schon fast Kriegspartei. Immer mehr Kriegsgeschütz und Truppen, auch deutsche, werden an die Grenzen zu Russland verladen. Und das, obwohl es doch die Hauptforderung der russischen Regierung war, NATO-Truppen von den Grenzen abzuziehen. Meint denn wirklich irgendjemand, dass dies den Krieg beendet?

Milliarden für die Aufrüstung?

Ohne große Diskussion verkündet Kanzler Scholz, dass nun jährlich über zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Rüstung ausgegeben wird. Zusätzlich soll die Bundeswehr ein Sondervermögen von 100 Milliarden erhalten, welches Scholz im Grundgesetz verankern will. Panzer, Kriegsschiffe, neue Kampfflugzeuge – da applaudieren vor allem die Reihen der CDU/CSU im Bundestag, die Aktienkurse der Rüstungskonzerne schnellen nach oben. Die Allparteien-Koalition für die Hochrüstung dieses Landes. „Wir kennen keine Parteien mehr, wir kennen nur noch Deutsche“, hieß es 1914, als die Kriegskredite bewilligt worden sind für das folgende, vierjährige Völkerschlagen. Meint denn wirklich irgendjemand, dass solch massive Kriegsvorbereitungen desjenigen Staates, der bereits zweimal Russland überfallen hat, zum Frieden zwischen Russland und der Ukraine führen wird?

Sanktionen mit unüberschaubaren Folgen?

Der wirtschaftliche und finanzielle Krieg direkt gegen Russland läuft bereits auf Hochtouren. Die russische Regierung soll in die Knie gezwungen, wirtschaftlich ruiniert werden. Getroffen werden zuallererst die Arbeiter dort. Betroffen werden die Länder sein, die Getreide aus Russland importieren, wie der Libanon oder Ägypten, welches sie für das tägliche Brot brauchen. Nicht weil Russland nicht mehr liefern will, sondern weil es aus dem internationalen Bezahlsystem ausgeschlossen wurde und damit der Handel nicht mehr funktioniert. Betroffen aber werden auch die Konzerne hier sein, die notwendige Rohstoffe, wie Titan, nicht mehr aus Russland erhalten können. Weltweit wird Chaos geschürt, der Kampf um Rohstoffe zwischen den Kapitalisten zugespitzt. Meint denn irgendjemand, dass dies zum Frieden führt?

Wer bezahlt?

Bezahlt werden all das auch die Arbeiter hier. Mit Kürzungen in den Bereichen der Daseinsvorsorge. Mit weiteren Preissteigerungen, für die der Lohn nicht vorgesehen ist. Mit Entlassungen, wenn aufgrund des wegbrechenden Russlandgeschäfts die Profite der Konzerne sinken. Wirtschaftsminister Habeck hat den betroffenen Kapitalisten finanziellen Ausgleich zugesagt. Von den Arbeitern war nicht die Rede. In unermesslich größerem Ausmaß aber werden alle Werktätigen bezahlen, mit unvorstellbaren Zerstörungen, Gesundheit und Leben, wenn wir zulassen, dass dieser Krieg weiter eskaliert wird und Weltkriegsszenarien in Kauf genommen werden. Wenn wir meinen, wir könnten gemeinsam mit Regierung und Kapital in dieser Situation etwas für den Frieden tun – statt ihnen in den Arm zu fallen. Schluss mit dem Eskalationskurs der Bundesregierung – zwei Weltkriege waren bereits zwei zu viel!

Keine Milliarden für Hochrüstung und weitere Kriegsvorbereitung!

Keine Waffenexporte in die Ukraine und sonst irgendwohin!

Rücknahme der wahnsinnigen Sanktionen!

Statt weiterer Truppen an die Grenze Russlands – Abzug der deutschen Soldaten dort!

AufDraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

8. März 2022

mehr Informationen über die DKP:
<https://dkp-muenchen.de>

mehr Informationen über die Gruppe KAZ:
www.kaz-online.de

Berufsverbote: Schnee von gestern?..... 6

Bosch-Werk: Im Brennpunkt 7

Der Krieg in der Ukraine begann nicht im Februar 2022

120jährige Tradition: Wie Deutschland Krieg und Unruhe stiftet in Europa.

Mitte Januar erklärte die Außenministerin Baerbock: „Die Souveränität der Ukraine und die Unverrückbarkeit der Grenzen in Europa sind für uns nicht verhandelbar“. Verschwiegen wird, wer in den letzten 120 Jahren die Souveränität anderer Staaten gewaltsam missachtet, die Grenzen verrückt und verändert hat. Millionen Tote und Verletzte sowie Milliarden Schäden in allen europäischen Ländern, neutral gebliebene Staaten wie z. B. die Schweiz ausgenommen, waren die Folge. Daher ein kurzer Ausflug in die Geschichte, um zumindest den Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine zu kennen. Denn selbst in jedem Strafprozess ist es gute Sitte, die Hintergründe eines Täters zu beleuchten, die zur Tat führten.

Die erste gewaltsame Änderung

Die erste Veränderung fand in den Jahren von 1914 bis 1918 statt. Aggressor war

Deutschland, welches nach dem gegen Frankreich geführten Krieg 1870/71 vom „Eisernen Kanzler“ Bismarck auf den Trümmern von Paris errichtet wurde. In der damaligen imperialistischen Welt, mit ihren Kolonien in Afrika, Asien und Südamerika, war das Deutsche Reich im Hintertreffen gegenüber Frankreich, Großbritannien oder dem Russischen Zarenreich. In einer Reichstagsdebatte am 6. Dezember 1897 erklärte Bernhard von Bülow (ab 1897 Staatssekretär des Äußeren und von Oktober 1900 bis Juli 1909 Reichskanzler des Deutschen Kaiserreichs): „Mit einem Worte: wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“ Und dieser „Platz an der Sonne“ sollte kriegerisch erobert werden. Deutsche Truppen überfielen der Reihe nach Belgien und die Niederlande, um nach Frankreich einzudringen. Zwei Wochen nach Kriegs-

beginn trat das damals zaristische Russland in den Krieg gegen den deutschen Aggressor ein, deutsche Truppen drangen weit in russisches Gebiet vor. Nach vier Jahren Völkergemetzel wurde der Krieg beendet – von und durch Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland und Russland. Russland wurde zur Sozialistischen Republik und schloss sich in den folgenden Jahren mit weiteren Sozialistischen Republiken, u. a. der Ukraine, zur Union der Sozialistischen Republiken UdSSR zusammen.

Die zweite gewaltsame Änderung

Die Gier deutscher Kapitalisten war trotz der verheerenden Folgen des I. Weltkrieges – für die Werktätigen, nicht für sie – nicht gestillt. Die Revision der Ordnung nach dem I. Weltkrieg war das Ziel. Hitlers Kriegspropaganda nach „Lebensraum im Osten“ passte allzu gut in ihre Pläne. Den Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter nach „Arbeit, Brot und Frieden“ setzten sie die offene faschistische Diktatur entgegen. Mit dem Überfall auf Polen begann der II. Weltkrieg. Der Nichtangriffsvertrag mit der Sowjetunion wurde gebrochen und deutsche Truppen rückten wieder bis auf wenige Kilometer an Moskau heran. St. Petersburg, damals Leningrad, wurde 28 Monate von den faschistischen Truppen belagert und regelrecht ausgehungert. 1,1 Millionen Einwohner verloren dabei ihr Leben, 90 Prozent davon verhungerten. Wer einmal auf dem Gedenkfriedhof Piskarjowskoje war, kann das Grauen nachvollziehen.

Mit vereinten Kräften – den höchsten Blutzoll bezahlte die Sowjetunion – wurden die deutschen Aggressoren geschlagen, aber leider nicht vernichtet. Mit dem Potsdamer Abkommen, unterzeichnet von den Siegermächten USA, Großbritannien und der Sowjetunion (Frankreich stimmte später zu) wurde die Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands sowie die Neuordnung Deutschlands und auch Europas beschlossen. Nur kurze Zeit später leitete der britische Premier



Süddeutsche Zeitung, 2. August 2014: „Euphorie zu Beginn des Ersten Weltkriegs – Wie Europa 1914 den Kriegsausbruch feierte: Am 1. August lässt Kaiser Wilhelm II. Russland den Krieg erklären. In der bayerischen Hauptstadt München sammeln sich nach der Proklamation des Kriegsausbruchs Menschenmassen auf dem Odeonsplatz vor der Feldherrnhalle - und jubeln.“

Winston Churchill eine Kurskorrektur der Entmilitarisierung Deutschlands ein. „Schon nach dem Krieg fand er, man habe ‚das falsche Schwein geschlachtet‘, soll heißen: Hitler statt Stalin.“¹ Gesagt, getan. Die Remilitarisierung Deutschlands wurde gestartet – gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten des Warschauer Vertrages. Der Kalte Krieg dauerte von 1947 bis 1989 und wurde mit allen Mitteln ausgegtragen: Wirtschaftlich, subversiv und mit zahlreichen von NATO-Staaten geführten Kriegen. Vietnam, Chile und Nikaragua stehen hier nur stellvertretend.

Die dritte gewaltsame Änderung

Das blockfreie Jugoslawien wurde in den 90er-Jahren von den NATO-Staaten zerschlagen. Zum dritten Mal besonders aggressiv dabei das mittlerweile von der SPD/Grünen-Regierung (Schröder und Fischer) geführte Deutschland. Kein Wort von nationaler Souveränität Jugoslawiens oder gar Unverrückbarkeit der Grenzen. Die Abtrennungsbestrebungen von Kroatien und Slowenien wurden massiv von Deutschland aus unterstützt. „Serbien muss in die Knie gezwungen werden“ forderte schon Jahre vorher, 1992, der damalige Außenminister Kinkel (FDP). 1999 erledigten das deutsche Bomber, losgeschickt von der SPD/Grünen-Regierung. Bernd Duschner, der den Pfaffenhofer Verein „Freundschaft mit Valjevo“ gründete, beschreibt eindrücklich auf dessen Internetseite die Folgen der NATO-Politik: „Die Rundfunkmeldungen am 24. März 1999 über

den Beginn der Bombardierung serbischer Städte durch die NATO waren für mich ein einschneidendes Erlebnis. Täglich waren Meldungen über Bombardements auf die völlig schutzlosen serbischen Kommunen zu hören. Und so begann ich, auf dem Marktplatz unserer Stadt selbst verfasste Flugblätter gegen den Krieg zu verteilen. Nach einigen Wochenenden bekam ich immer mehr Zuspruch. Zu offensichtlich war gerade für ältere Menschen, für Frauen mit Kindern, für die arbeitende Bevölkerung ganz im Gegensatz zu vielen Spiegel- und Zeit-Lesern, dass die Bomben der NATO in keiner Weise zu einer Lösung der Konflikte zwischen Serben und Kosovo-Albanern beitragen konnten.“² Stichwort Kosovo. Als die Kosovaren als Bestandteil der Serbischen Republik die Sezession beschlossen und damit eine weitere Grenze in Europa zogen, war dies kein Grund zum Aufschrei im Westen. Ganz im Gegenteil, dies war mit deutscher Kriegsgrund. Nun besteht das einstige Jugoslawien aus sieben Kleinststaaten, keiner alleine lebensfähig. Doch der Einfluss der EU und vor allem Deutschlands ist gesichert.

Die – eventuell – vierte gewaltsame Änderung

Damit nicht genug für die NATO und die EU-Führungsmacht Deutschland. Die nach dem II. Weltkrieg eingeleitete Rollback-Strategie (das „Zurückrollen“ der Politik, weg von der Koalition mit der

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 4 ►

Am 25. September 2001 hielt **Vladimir Putin** als erster russischer Präsident im Bundestag eine **Rede im Deutschen Bundestag**. Laut Protokoll wurde die Rede mehrfach von Beifall und Heiterkeit bei den Abgeordneten unterbrochen und am Schluss mit stehendem Applaus quittiert. Die komplette Rede kann hier nachgelesen werden: https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966

Was danach in der Beziehung zu Russland folgte, wird von der ehemaligen Moskau-Korrespondentin der ARD, Gabriele Krone-Schmalz, wie folgt bewertet: „Putin war in seiner ersten Amtszeit **eine Chance für Europa**.“ Das Video kann hier angesehen werden: <http://www.mdr.de/artour>



Vitali Klitschko mit Elmar Brok – die Männer der CDU in Kiew

Eineinhalb Jahre vor dem Beginn der Unruhen in der Ukraine 2013 erklärte **Elmar Brok**, damals Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament und Mitglied der **CDU**, auf einer Veranstaltung der CDU-nahen **Konrad-Adenauer-Stiftung**, wieso die herrschende Klasse in Deutschland ein so großes Interesse an der Ukraine hat. Diese sei „ein Land mit großen wirtschaftlichen Möglichkeiten, einer gut ausgebildeten Bevölkerung und guten landwirtschaftlichen Voraussetzungen“. An Russland wolle man diesen zentralen Staat Osteuropas keinesfalls verlieren, aus „geopolitischen Gründen nicht, aus wirtschaftlichen Gründen nicht und auch aus historischen Gründen nicht“. „Die Kornkammer Europas“, das habe er in der Schule über die Ukraine gelernt, „gehöre eben nach Europa“ (zit. nach: „Der Schlag des Boxers“ vom 14. Mai 2012, www.german-foreign-policy.com, basierend auf Quellen der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU)

- Ich will die **Auf Draht** gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die **DKP** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die **Gruppe KAZ** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

► Fortsetzung von Seite 3

Der Krieg in der Ukraine begann nicht im Februar 2022

Sowjetunion hin zu ihrer Zurückdrängung und Schwächung) wurde fortgeführt, die Osterweiterung der NATO gegen jegliches Versprechen durchgeführt und damit wieder Truppen an Russland herangeführt. (Siehe hierzu auch die letzte Ausgabe der Auf Draht, nachzulesen unter <http://dkp-muenchen.de>.) Auch die Ukraine geriet in den Fokus. Innerukrainische Auseinandersetzungen wurden auch von Deutschland genutzt, um mit Hilfe von faschistischen Schlägertrupps wie dem Rechten Sektor den Bürgerkrieg zu Gunsten prowestlicher Kräfte zu entscheiden. Diese paramilitärischen Truppen kämpften auch gemeinsam mit der ukrainischen Armee im Donbass gegen die Volksrepubliken. Amnesty International berichtete im Mai 2015 von Entführungen und Folter, die von Kämpfern des Rechten Sektor im Konfliktgebiet begangen werden.

Seit acht Jahren wird dort Krieg geführt. Um das Wohlergehen des ukrainischen Volkes ging und geht es bei all dem nicht, sondern darum, die Ukraine weg von Russland und über ein Assoziierungsabkommen hin ins Einflussgebiet der deutsch-geführten EU zu bewegen (siehe Kasten Seite 3). Russlands kapitalistisch orientierte herr-

schende Kreise wollen in diesem Krieg nun Korrekturen auf militärischem Weg herbeiführen. Ausgang ungewiss.

Was bleibt?

Nicht nur der Krieg in der Ukraine gibt Anlass zur Sorge. Auch China wird, neben Russland, von den westlichen Großmächten als strategischer Rivale gewertet und es kommt ständig zu Reibereien. Das NATO-Land Türkei führt Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und deren autonomes Gebiet Rojava. In der Westsahara führt die Frente Polisario ihren Befreiungskampf gegen das mit der EU paktierende Marokko. Viel zu lange zieht sich die Blutspur des Kapitalismus, nicht nur, aber auch durch Europa. Dem können wir nur ein Ende bereiten, wenn wir uns nicht gegen ein anderes Land, gegen andere Völker hetzen oder gar in den Krieg schicken lassen, sondern den Kriegstreibern im eigenen Land das Handwerk legen.

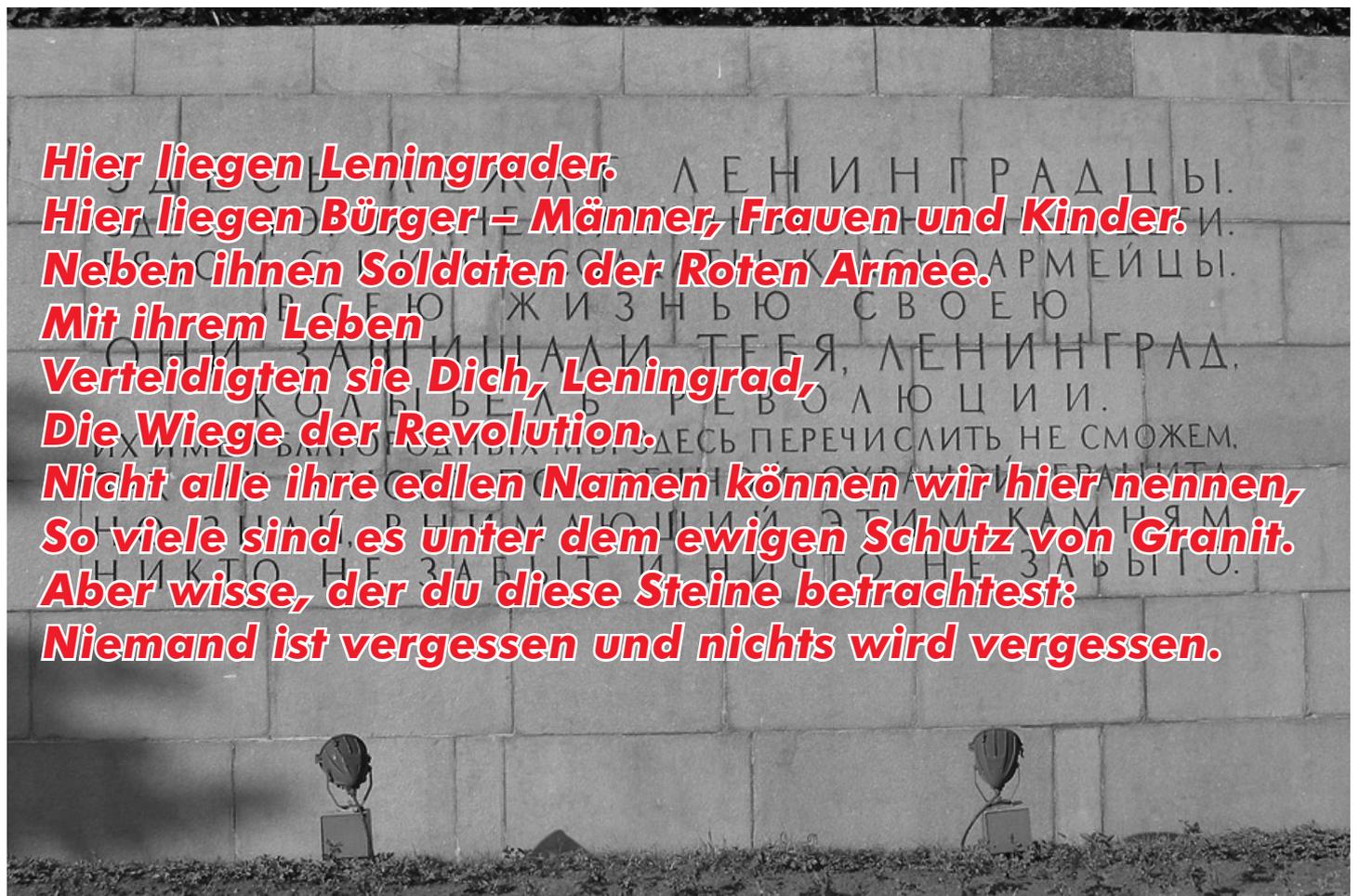
Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

■RW

Der **Weltgewerkschaftsbund** fordert das sofortige Ende des Krieges in der Ukraine. Der russische Angriff muss sofort gestoppt werden, die NATO muss sich sofort auflösen und ein substantieller Dialog muss geführt werden. Wir versichern den Gewerkschaften im Osten der Ukraine, die dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen sind, dass wir die Anstrengungen zur Garantie ihres Rechtes unterstützen, selbst über ihre Gegenwart und Zukunft zu entscheiden. Der Weltgewerkschaftsbund stand und steht gegen die faschistischen Praktiken der Regierung der Ukraine, die eine Marionette der Vereinigten Staaten und der NATO ist. Die Völker Russlands, der Ukraine und aller Länder müssen sich täglich für die Entwicklung des Friedens durch Beziehungen der Freundschaft und der Solidarität einsetzen. Unser gemeinsamer Kampf gegen die imperialistischen Widersprüche muss und kann die imperialistischen Kriege aufhalten.

1 Süddeutsche Zeitung, 17. Mai 2010

2 <http://www.freundschaft-mit-valjevo.de/wordpress/brucke-nach-serbien/>



Das Mahnmal des Gedenkfriedhofs Piskarjowskoje in Leningrad ist versehen mit dem Gedicht einer Überlebenden der deutschen Blockade, Olga Bergholz

Schluss mit dem Krieg in der Ukraine – für Waffenstilland und Verhandlungen

Friedenskundgebung am 26. Februar 2022 am Odeonsplatz.

Nur eine Woche nach der Demonstration gegen die „NATO-Sicherheitskonferenz“, fand am Samstag, 26. Februar, eine durch den Angriff russischer Truppen auf die Ukraine notwendig gewordene Friedens-Kundgebung statt, organisiert vom Münchner Friedensbündnis und dem Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus. Die DKP München und die SDAJ München beteiligten sich neben vielen anderen Organisationen, die ein breites Spektrum von Christen, Linken, Kommunisten und Gewerkschaftern repräsentierten. Geschätzte 1.500 Menschen folgten dem Aufruf.

Claus Schreer, seit über 60 Jahren aktiv im Kampf gegen Krieg und für Frieden, sprach für die Organisatoren: „Wir leben in finsternen Zeiten, es herrscht Krieg in Europa. Wir protestieren heute gegen den militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine und wir fordern die sofortige Beendigung der Bombardierungen, die sofortige Beendigung aller Kriegshandlungen, den Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine und ein Zurück an den Verhandlungstisch. Der von uns – seit Jahren kritisierte – Konfrontationskurs der NATO, das Heranrücken der NATO an die Grenzen Russlands, die Missachtung russischer Sicherheitsinteressen durch den Westen und die Weigerungen der ukrainischen Regierung, über Minsk II zu verhandeln, all das hat zu dieser Eskalation geführt. Aber, das alles ist keine Legitimation für diesen Krieg. Die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Die russische Aggression ist ein Schlag ins Gesicht Aller, die für eine friedliche Lösung der Ukrainekrise eingetreten sind, Aller, die seit Jahren gegen die Aufrüstung Deutschlands und der NATO auf die Straße gehen, Aller, die für Abrüstung und eine Politik der Entspan-

nung eintreten. Die Folge der russischen Aggression wird die weitere Aufrüstung Europas und eine Sanktions-Spirale sein, unter der vor allem die Menschen in Russland und in der Ukraine zu leiden haben.“

Markell Mann als Vertreter der DKP erklärte auf der Kundgebung u.a.: „Wir alle sind besorgt über die schlimme Entwicklung der Lage in Osteuropa, zu der auch die umfangreiche russische Militäroperation in der Ukraine gehört, die weit über die Donbass-Region hinausgeht. Wir rufen heute zu einer dringenden Deeskalation des Konflikts auf, zur Herbeiführung eines Waffenstillstands und zur Eröffnung eines Verhandlungsweges ... Krieg bringt Elend, Blutvergießen und Tod über die Menschen.“

Ronja als Vertreterin der SDAJ ergänzte in ihrer Rede die nun ergriffenen und weiter eskalierenden Schritte der Ampelkoalition: „Die deutsche Regierung nutzt jetzt diesen von der NATO über Jahrzehnte provozierten und nun eben eskalierten Krieg, um weiter aufzurüsten. Bereits jetzt ist Deutschland nach den USA der zweitgrößte Truppensteller der NATO und nun sollen die Truppen im Osten noch weiter aufgestockt werden. In Litauen wird die von Deutschland geführte Battle Group um einige hundert Soldaten aufgestockt. Eurofighter werden nach Rumänien verlegt, das „Patriot“-Flugabwehrsystem soll in die Slowakei, der Luftraum der baltischen Staaten, soll durch deutsche Schiffe in der Ostsee gesichert werden. Und das aufgestockte Militär an der Ostflanke wird voraussichtlich auch nach dem Krieg nicht abgezogen werden und so die politische und militärische Machtposition der NATO weiter stärken.“

Zum Schluss seiner Rede bekräftigte Markell Mann nochmals die Forderungen der DKP:

- Sofortige Verhandlungen zwischen der Ukraine, den Volksrepubliken des Donbass und der Russischen Föderation als Bedingung für das Ende der kriegerischen Handlungen.
 - Abzug der Bundeswehr aus allen Ländern östlich der Bundesrepublik
 - Stopp der Sanktionspolitik gegenüber Russland und den Volksrepubliken
 - Schluss mit der Unterstützung der aggressiven NATO-Politik – Deutschland raus aus der NATO
 - Keine politische, finanzielle und militärische Unterstützung des nationalistischen ukrainischen Regimes.
 - Keine Aufrüstung der Bundeswehr, Geld für Soziales, Bildung, Gesundheit
- Neben zahlreichen Fahnen trugen wir ein Transparent „Austritt aus der NATO – Raus aus der imperialistischen EU“. Weder Reden noch unser Transparent erfuhren ungeteilte Zustimmung. Anwesende Unterstützer der ukrainischen Regierung störten – zum Teil massiv – die Kundgebung. Letztendlich mussten Ordner und Polizeikräfte die Genossinnen, die unser Transparent hielten, vor körperlichen Attacken schützen. Die Reden aller wurden durch lautstarkes Rufen von „Putin weg“ versucht zu übertönen – letztendlich nichts anderes als eine Forderung nach militärischer Eskalierung und dabei ignorierend, dass immer die Werktätigen in allen Ländern die Leidtragenden sind.

Die von Karl Liebknecht aus den Erfahrungen des I. Weltkriegs gezogene Konsequenz „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ ist aktueller denn je: In Deutschland, in Russland und in der Ukraine.

■RW

die Redebeiträge können nachgelesen und ein Video der Kundgebung angesehen werden unter <https://dkp-muenchen.de/>



Rosa Luxemburg:
„Wer Veränderung will, muss selbst damit beginnen.
Eine bessere Gesellschaft wird uns von niemanden geschenkt.“

8. März: Internationaler Frauentag

Schnee von gestern?

Gesinnungsprüfungen im öffentlichen Dienst schränken demokratische Rechte ein.

Vor 50 Jahren, am 28. Januar 1972, einigten sich die Ministerpräsidenten der Länder und der damalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) auf den sogenannten „Radikalenerlass“: „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung (FDGO) einzutreten“ sollten vom öffentlichen Dienst ferngehalten oder entlassen werden. Durch eine „Regelanfrage“ beim Verfassungsschutz (VS) wurde geprüft, ob der/die Betroffene politisch zuverlässig war. 3,5 Mio. „Regelanfragen“ mündeten in 11.000 Berufsverbotsverfahren, ca. 1.250 Nichteinstellungen, 265 Entlassungen und 2.200 Disziplinarverfahren. Betroffen waren nicht nur Mitglieder linker Organisationen. Schon die bloße Teilnahme an einer Kundgebung, Veranstaltung oder Demonstration, das Unterzeichnen einer Protestliste, der Besuch eines Festes dieser Organisationen reichte aus, um auf der „roten Liste“ zu landen. Quer durch den öffentlichen Dienst traf es alle: vom Professor, über Lehrkräfte sämtlicher Schulzweige, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Kindergärtnerinnen und -gärtner, Post- und Bahnbedienstete, Lokführer, sogar Friedhofsgärtner waren darunter. Der gleiche Staat, dessen Justizministerium noch 1973 einen Anteil von 53 Prozent früherer NSDAP-Mitglieder auf Abteilungs-, Unterabteilungs- und Referatsleiterbene aufwies, in dem ein CDU-Ministerpräsident und NS-Kriegsrichter, Hans Karl Filbinger, frei und ohne Scham bekannte: „Was damals Rechtsens war, kann heute nicht Unrecht sein“, beendete Berufswünsche und Lebensplanungen – er nahm nicht Wenigen ihre Existenz. Berufsverbote – ein trauriges (west-)deutsches Alleinstellungsmerkmal – mehrere internationale Tribunale verurteilten diese bundesrepublikanische Praxis, die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) rügte die Gesinnungsschnüffelei. Die Justiz in Deutschland hatte taube Ohren. 1975 bestätigte das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit des Radikalenerlasses. Bis der Fall der Studienrätin Dorothea Vogt, die für die DKP in Niedersachsen kandidiert hatte, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im September 1995 verhandelt wurde. Klare Entscheidung: Der Radikalenerlass verstieß gegen Meinungsfreiheit, Koalitionsfreiheit und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Kurz: er war menschenrechtswidrig.

Etwas daraus gelernt?

Ende der 1980er Jahre hatten die meisten Bundesländer Abstand von der Regelanfra-

ge an den VS genommen. Zum Aufatmen blieb keine Zeit. Der Anschluss der DDR an die alte Bundesrepublik (1989/1990) führte rasch zu einer Verfolgungspraxis neuen Stils. Im Mittelpunkt standen jetzt all jene mit DDR-Biografie, zuvorderst die etwa 2 Mio. DDR-Bürger, die beim Staat, den Kreisen, Behörden, Schulen und Institutionen arbeiteten. Für den VS war die „Wende“ eine Frischzellenkur und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sondergleichen. Die Archive der DDR-Staatssicherheit waren der Acker, der nun gepflügt werden musste. Allein aus dem öffentlichen Dienst der früheren DDR verloren in den Jahren nach 1989 etwa 700.000 Personen ihre Anstellung. Das Bundesarbeitsgerichts sprach seinen Segen aus: beinhaltete die Definition der „mangelnden persönlichen Eignung“ in den arbeits- und dienstrechtlichen Regelungen des Einigungsvertrags doch genau das, was in Westdeutschland seit 1972 galt: der Angehörige des öffentlichen Dienstes müsse Gewähr bieten, sich mit seinem gesamten Verhalten für die FDGO einzusetzen. Bundesländer wie Bayern nahmen in den auch heute noch allgegenwärtigen Fragebogen zur „Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“, neben den bereits „traditionell“ abgefragten Mitgliedschaften in Organisationen wie DKP, SDAJ, Linksjugend (solid) und Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN), nun auch staatliche Institutionen der untergegangenen DDR auf. Längst ist es nicht mehr nur die Herzensangelegenheit bayerischer CSU-Granden, für stets folgsame Angehörige in den Justizberufen zu sorgen. Auch die Grünen gestalten inzwischen selbst – spätestens seit 2018 in ihrem Koalitionsvertrag mit der CDU in Hessen – die Regeln des GesinnungstÜVs, indem sie die „Stufen-Überprüfung“ für die Justizberufe einführten. Auf den weichen Sesseln der Regierungsverantwortung war schnell vergessen, was noch 1980 zum eigenen Grundsatzprogramm gehörte: „Freie Berufswahl und die Respektierung unterschiedlicher Weltanschauungen sind für die Grünen Grundrechte, die nicht eingeschränkt werden dürfen. Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen Berufsverbote...“. Heute mit Entschiedenheit fürs Gegenteil.

Schnee von gestern?

Gesinnungsprüfungen im öffentlichen Dienst sind längst institutionalisiert und gehören zur Konstante der Einschränkung demokratischer Rechte. Der VS in Brandenburg hat im Jahr 2021 6.384 Bewerber auf ihre Verfassungstreue hin überprüft.

Allein die Inbetriebnahme des Flughafens BER im Jahr zuvor spülte die Daten von 9.436 Personen – vom Flugschüler bis zum Mitarbeiter am Gepäckfließband – in die Akten des VS. Die Gesinnungsschnüffelei hält selbst dort Einzug, wo man sie bisher zuletzt vermutet hätte: Wegen §34a Gewerbeordnung müssen sich auch Wachleute privater Security-Firmen durchleuchten lassen. Wer in der Tram die Impfausweise kontrolliert oder im Fußballstadion am Einlass steht, auch der braucht die weiße Weste der FDGO. All das reicht den Ampelkoalitionären noch nicht. Ihr Motto „Mehr Fortschritt wagen!“ spart den Abbau demokratischer Rechte und die gewollte Einschränkung der Berufsfreiheit nicht aus.

Unter der Überschrift „Innere Sicherheit“ im Koalitionsvertrag schlug die Ampel im Herbst 2021 ein neues Kapitel in der Gesinnungsüberprüfung auf. „Die bewährte Sicherheitsüberprüfung von Bewerberinnen und Bewerbern weiten wir aus und stärken so die Resilienz der Sicherheitsbehörden gegen demokratiefeindliche Einflüsse“. Kein Wort zur jahrzehntelangen Praxis der Gesinnungsschnüffelei, keine Spur von Rehabilitation jener, deren Lebensperspektive man durchkreuzt hatte. Noch nicht einmal eine leise Entschuldigung oder das hingehauchte Bekenntnis eines Fehlers – was selbst Willy Brandt, der Erfinder der Maßnahme, 1976 eingestanden hat. Im Gegenteil: Die Berufsverbotspraxis soll wieder mit Leben gefüllt werden. Das fügt sich ohne Bruch ein in den zügigen und allseitigen Aufbau der sogenannten „Sicherheitsarchitektur“, wie er an den neuen Polizeigesetzen, der Erweiterung der Befugnisse des Inlandsgeheimdienstes und Projekten wie der Vorratsdatenspeicherung und präventivem Lauschangriff ablesbar ist. Heribert Prantl, bekannter Kolumnist und Autor, hoffte noch vor einem Jahr in der Süddeutschen Zeitung vom 23. Januar 2021 auf ein baldiges Ende der Berufsverbote („gehört zu den Wörtern, bei denen ein aufrechter Demokrat Pickel kriegt“). Indes: Wer den Gerichtshof in Straßburg nicht ernst nimmt, den kümmern auch die wohlfeilen Worte Prantls nicht. Es daher den Regierenden abzutrotzen, wird weiter die Aufgabe der demokratischen Bewegung sein.

■ Ralf Hohmann

Im Brennpunkt

Die Kolleginnen und Kollegen von Bosch in Berg am Laim kämpfen um das Überleben.



Aktionstag bei Bosch in Berg am Laim am 19. November 2021: Kolleginnen und Kollegen aus etlichen Münchner Metallbetrieben waren dabei zur Unterstützung. Stefan, Betriebsrat und als Sprecher der DKP erklärte: „Wenn wir heute als Metaller den sogenannten Fairwandel fordern, dürfen wir nicht denken, dass die Unternehmer „fair“ werden könnten – selbst wenn sie wollten. Denn die Konkurrenz am Weltmarkt zwingt sie zur Profitmaximierung und so ist ihnen das Klima so wurscht wie die Existenzbedingungen von uns lohnabhängigen Menschen und Familien. Nach jahrelangen Lohnkürzungen sollen unsere Kolleginnen und Kollegen bei Bosch nun die Schließung hinnehmen. Ist das fair?“

Das Boschwerk in Berg am Laim kämpft ums Überleben. Von den 1.600 Kolleginnen und Kollegen in den 1990er Jahren sind jetzt noch 265 im Werk. Wie in einem Brennglas ist hier die von Kapital und Regierung so genannte Transformation zu beobachten. Der unscharfe Begriff umfasst Energie, Mobilität, Klima und was sonst noch gewandelt werden soll. Die IG Metall stellt diesen Prozess unter die Losung „Fairwandel“, was bedeuten soll, dass der Wandel unter Mitnahme und Beteiligung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen stattfindet.

Schauen wir durchs Brennglas. Seit 12 Jahren verzichtet die Münchner Bosch-Betriebschaft auf einen Teil des Lohns für das Versprechen der Erhaltung des Werks. Im September 2021 dann der Paukenschlag: Schließung! „Fairwandel“ ist seitdem eine Worthülse, zumindest in Berg am Laim. Noch vor zwei Jahren sagten die Manager: „Macht euch keine Sorgen, wir werden immer für Europa Zulieferer sein“. Es handelt sich dabei um Teile für Verbrennungsmotoren. Jedoch: Das Aus war schon lange beschlossen, denn Schwesterwerke wurden hochgezogen in Brasilien, China, Tschechien, nahe den Werken von VW und anderer Automonopolisten. Dort wird billiger produziert. Dieselben Manager nun kaltschnäuzig: „Es gibt für euch keine Zukunftsprodukte!“ Insider sagen, damit ist die Fabrik in Berg am Laim der erste Bosch-Standort, der das zu hören bekommt. Ein Leitspruch des Firmengründers Robert Bosch soll gewesen sein: „Sei Mensch und ehre die Menschenwürde.“¹ So setzen das die Kapitalknechte heute um.

Unbeirrt und hartnäckig stellt der Betriebsrat sein Alternativkonzept dagegen, um den Standort zu erhalten. Es entstand in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität München, mit Führungskräften und Ingenieuren des Werks und mit der Münchner IG Metall. Qualifizierungspläne für die Arbeiter wurden entworfen. Die Umstellung auf Produkte, die eine Zukunft haben, wurde geplant. Menschenwürde also. Dieses Konzept wird von Bosch nicht zur Kenntnis genommen. Bekannt ist, dass es bei dem größten Autozulieferer der Welt für solche Transformationsprojekte eigene Stabsabteilungen gibt. Im Werk wurden sie nie gesehen.

Auf der Schillerhöhe, sprichwörtlich für die Konzernzentrale nahe Stuttgart, gibt es also Konzepte der Transformation. Digitalisierung ist angesagt. Bosch definiert sich neuerdings als IT-Konzern und will nicht mehr als Zulieferer gesehen werden. Er stellt sich in eine Reihe etwa mit Google. Um mit der US-Technologie konkurrieren zu können, ist die Bosch-Gruppe mit Monopolen wie Siemens und SAP vernetzt. Wie Insider berichten, soll es – folgt man dem schwammigen Begriff – Transformation auch für das Münchner Werk geben. Da sei die Rede von einem Forschungs- und Entwicklungsstandort, von einem Think-Tank. Oder es wird die Möglichkeit eines Logistikzentrums lanciert. Alle diese nicht konkreten Pläne bedeuten maximal 100

Arbeitsplätze. Und möglicherweise auch, dass das Werk bis auf einen Kern plattgemacht wird.

Im Hintergrund dieses Schauspiels einer Transformation agiert die Münchner IG Metall, bisher höchstens durch Verzögerungen des letzten Akts. Mit „Fairwandel“-Parolen, wie beim Bosch-Aktionstag vor dem Werk im November 2021, muss sie den Kollegen in Berg am Laim nicht mehr kommen. Das haben die durchschaut. Denn hier wird keiner mitgenommen bei der Transformation, eine Beteiligung der Betroffenen mitsamt ihrem Betriebsrat wird vom Bosch-Kapital ignoriert.

Wenn etwas gerettet werden kann, ist es die Würde der Kolleginnen und Kollegen, die jahrelang ihre Knochen hingehalten haben. Da geht es nicht nur um großzügige Abfindungen, die Bosch aus der Portokasse zahlen kann. Das auch. Es geht darum, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht wie geprügelte Hunde rausgehen aus der Bude. Es geht darum, ein Signal zu setzen für die Kolleginnen und Kollegen in Thüringen und Baden-Württemberg, die auch der Transformation ausgeliefert sind. Mit allen Folgen. Die auch bei der Kundgebung im November da waren. Die Werkzeuge sind dem Ortsvorstand der Münchner IG Metall bekannt – eines davon ist der Streik. ■krrn

¹ Chrismon, evangelisches Montagmagazin, 14. Februar 2016

Die Bosch-Gruppe machte 2021 einen Umsatz von 78 Milliarden Euro. Dafür sorgten weltweit 401.000 Beschäftigte in vier Bereichen: Mobility Solutions, Industrial Technology, Consumer Goods sowie Energy and Building Technology.

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch
beim Thema
Gesundheit – dort weiter,
wo andere Medien längst
schweigen.**

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen gratis Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **DKP-Partei Vorstand**
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de



Mehr Lohn statt Milliarden für den Krieg!

In der Tarifrunde der Sozial- und Erziehungsdienste geht es um höhere Eingruppierungen.

Doch es wird schwierig in Zeiten, in denen mit Milliarden für das Militär die Priorität auf Kriegsvorbereitung gesetzt wird.

Es ist keine Tarifrunde um eine prozentuale Lohnerhöhung, sondern um eine grundsätzlich höhere Eingruppierung und bessere Arbeitsbedingungen. Es geht um die rund 250.000 Kolleginnen und Kollegen in den Kindertagesstätten, Heimen, den Einrichtungen für eingeschränkte Menschen oder Sozialdiensten der Kommunen. Schon im Frühjahr 2020 haben die Verhandlungen begonnen, wurden dann aber aufgrund der Pandemie abgebrochen. Am 25. Februar fanden nun wieder Verhandlungen statt.

Schon vor Corona und den chaotischen politischen Vorgaben war der Stress groß. Die Anforderungen an die Kolleginnen und Kollegen sind in den letzten Jahrzehnten ständig gewachsen. Immer mehr soll dokumentiert, Pläne für die Kinder ausgearbeitet und deren Umsetzung überprüft werden. Doch zusätzliches Personal gibt es nicht. Schon bei voller Besetzung kann all das kaum verwirklicht werden, bei Krankheit oder Urlaub von Kolleginnen wird es ein Ding der Unmöglichkeit. Zusätzlich sind viele Stellen nicht besetzt.

Es sind immer anspruchsvollere Tätigkeiten, die die Kolleginnen und Kollegen

erfüllen müssen. Dies soll nun durch eine höhere Eingruppierung und damit eine grundsätzlich bessere Bezahlung entsprechend entlohnt werden, so ihre Forderung. Außerdem fordern sie eine Verbesserung der belastenden Arbeitsbedingungen, unter anderem durch mehr Vorbereitungszeit.

Die Verhandlungsrunde am 25. Februar zwischen den Gewerkschaften ver.di und GEW und den Kommunen verlief ergebnislos. An einer schnellen Einigung im Sinne der Kolleginnen und Kollegen, im Sinne einer möglichst guten Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder sind die Verhandlungsführer der Kommunen offensichtlich nicht interessiert. Sie verweisen auf leere Kassen, wie schon so oft – diesmal aufgrund der Pandemie.

Die Kolleginnen und Kollegen in den Kindertagesstätten haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie nicht mehr gewillt sind, sich kampfflos abspesen zu lassen. Sie werden es auch diesmal nicht tun. Doch es wird schwierig für sie werden in Zeiten, in denen die Regierung mit zusätzlichen Milliarden für das Militär die Priorität auf Kriegsvorbereitung setzt. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen unsere Unterstützung, unsere Solidarität. ■gr

KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

Die aktuelle KAZ-Ausgabe 378 vom Februar 2022 ist unter www.kaz-online.de veröffentlicht und auch als Druckversion verfügbar. Titelseite:

**Der Kampf um die Straße
Versammlungsfreiheit -
Besichtigung eines Grundrechts
und weitere Artikel u.a.
Digitale Souveränität - Teil 3**

erscheint vierteljährlich
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro
gruppeKAZ@kaz-online.de
www.kaz-online.de
Gruppe Kommunistische
Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 120262
90109 Nürnberg